

**Pressesprecher
Bernd Sanders**Landeshaus
24100 Kiel
Telefon 0431-988-1440
Telefax 0431-988-1444
Internet: <http://www.landsh.de/cdu-fraktion/>
e-mail: fraktion@cdu.landsh.de

PRESSEMITTEILUNG

Nr. 144/00 vom 12. Mai 2000

TOP 26

Torsten Geerds: Hilfe für schreiende Kinder und ihre Eltern

Nachdem im März die Medien über den Tod von Kindern in Folge eines Schütteltraumas berichteten und von Familientragödien die Rede war, hielten Experten die geschilderten Fälle für keine Überraschung. Die Kinderschutz-Zentren in Schleswig-Holstein sprechen sich seit geraumer Zeit für die Einrichtung von Schrei-Ambulanzen aus.

Ich weiß, welche Schwierigkeiten bestehen, um für ein solches Thema auf Gehör zu stoßen. Da kommt schnell der Vorhalt, Kinder haben doch wohl schon immer geschrien; die Problematik wird nur aufgebauscht; Sozial- und Jugendpolitiker suchen sich gemeinsam mit einigen Verbänden wieder ein Feld, auf dem sie sich tummeln können.

Dabei mag es richtig sein, dass die Problematik überhaupt nicht neu ist. Richtig ist allerdings auch, dass die medizinischen Erkenntnisse über die Folgen von Schütteltraumen wesentlich größer geworden sind. Trotzdem sind die Vorbehalte spürbar, da sich das Thema angeblich nicht für die Politik eigne.

Wer aber so argumentiert, der muss sich die Frage gefallen lassen, ob es nicht früher bei anderen Problematiken genau solche Vorbehalte gab, ein Thema politisch anzufassen. Wir haben aber schon in der Vergangenheit in diesem Landtag z.B. beim Thema „Missbrauch von Kindern“ gute Debatten geführt und gemeinsam Anträge verabschiedet. Daraus ist konkretes politisches Handeln in Schleswig-Holstein geworden. Erinnerung sei an die Einrichtung des Kinderschutz-Zentrums an der Westküste.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kinderschutz-Zentrums in Lübeck schätzen, dass die Dunkelziffer von Schütteltraumen sehr viel höher liegt und dass es sich bei den Lübecker Vorfällen nur um eine Spitze des Eisberges handelt.

Und sicher ist der Einwand richtig, dass es für solche Fälle Gesetze und Strafverfolgungsorgane gibt. Aber genau wie beim Thema Missbrauch eines Kindes, kommt es erst nach dem das Opfer körperlich und seelisch schwer verletzt wurde zur Strafverfolgung. Politik muss immer noch für eine Gesellschaft kämpfen, die präventiv handelt und nicht nur auf Strafe und Abschreckung setzt.

In Lübeck diskutiert man, um Eltern mit ihren schreienden Kindern zu helfen, die Einrichtung einer Anlaufstelle. Gefordert wird ein niederschwelliges Angebot für Krisensituationen rund um die Uhr. Dabei soll es zu einer engen Zusammenarbeit von Sozialeinrichtungen,

Kinderärzten und Hebammen kommen. Im Mittelpunkt eines solchen Netzwerkes muss der Aufbau guter Kontakte zu den Eltern stehen.

Mir ist es aber wichtig, zu betonen, dass ich eine enge Kooperation mit Kinderkliniken für unabdingbar halte. Beratung und medizinische Versorgung müssen ineinander greifen.

Da es sich aber um eine landesweite Problematik handelt, möchte ich nicht nur die Entwicklung in Lübeck abwarten. Wir fordern mit unserer Landtagsinitiative die Landesregierung auf, dem Landtag zu dieser Problematik einen Bericht vorzulegen, der im zuständigen Fachausschuss intensiv mit unterschiedlichen Organisationen diskutiert und ausgewertet werden muss.

In Zukunft müssen z.B. alle Kinderärzte so ausgebildet sein, dass sie u.a. auch auf psychosoziale Probleme von Müttern eingehen können. Noch viel schwerer wird es sein, an die Väter heranzukommen, die Probleme in ihrer familiären Situation haben.

Benötigt werden allerdings auch Informationen über die familienentlastenden Maßnahmen der Sozialämter, wie z.B. die vorübergehende Finanzierung von Haushaltshilfen. Außerdem ist eine Aufklärungskampagne gefordert, die Eltern auf die Gefahren eines Schütteltraumas hinweist. Dabei bin ich mir darüber bewusst, wie unendlich schwer es sein wird, diese Informationen an problembeladene Elternteile verständlich weiterzuleiten.

Meiner Meinung nach ist es das Thema wert, dass wir uns dieser Problematik annehmen. An der Problemlösung sollen nach Auffassung der CDU die Kinderschutz-Zentren, der Kinderschutzbund, Familienbildungsstätten, Familienberatungsstellen, Kinderärzte, Psychologen und kirchliche Einrichtungen beteiligt werden.

Ich freue mich auf eine sachgerechte Fortsetzung der Diskussion im Sozialausschuss.